

S24

Antragskategorie:

Antrag zur Satzung

Titel des Antrages:

Änderung des Wahlverfahrens für die Wahlen nach § 19 Absatz 5 der Bundessatzung

Hauptantragssteller/ Ansprechpartner:

Werner Meier

Antragssteller
Werner Meier Albrecht Glaser

Datum des Eingangs des Antrags:

6. November 2015

Antragstext:

§ 19 Absatz 5 der Bundessatzung

Parteimitglieder, welche am Tag einer bevorstehenden Parlamentswahl

(a) bereits sieben Jahre Mitglied in einem Vollzeitparlament waren, bedürfen zur Nominierung für diese Wahl einer Mehrheit von mindestens 60%,

(b) bereits zehn Jahre Mitglied in einem Vollzeitparlament waren, bedürfen zur Nominierung für diese Wahl einer Mehrheit von mindestens 70%.

Zur praktischen Umsetzung dieser Regelung ist eine Anpassung der Wahlordnung unumgänglich. Nach u.g. Begründung muss § 5 der Wahlordnung wie folgt ergänzt werden:

§ 5 Absatz 4

Bei Wahlen nach Absatz 1 und 2, bei denen ein Mandatsträger kandidiert, der den erhöhten Anforderungen nach § 19 der Bundessatzung unterliegt, ist die Wahl wie folgt durchzuführen:

a) Jeder Stimmberechtigte hat zwei Stimmen. Für jeden Kandidaten kann nur eine Stimme abgegeben werden.

Werden leere Stimmzettel verwendet, kann auf dem Stimmzettel alternativ notiert werden:

i. Die Namen von einem oder zwei Kandidaten

ii. „Nein“

iii. „Enthaltung“ (ggf. auch abgekürzt)

Werden Stimmzettel mit vorgegebenen Kandidaten verwendet, kann:

i. Der Namen von einem oder zwei Kandidaten einmal angekreuzt werden

ii. „Nein“ (einmal, entweder über oder unter den Namen)

iii. „Enthaltung“ (einmal, entweder über oder unter den Namen; ggf. auch abgekürzt)

b) Werden mehr als zwei Stimmen abgegeben, ist der Stimmzettel ungültig.

c) Gewählt ist der Bewerber mit den meisten erhaltenen Stimmen, sofern er die einfache Mehrheit nach § 2 Absatz 3 erfüllt und nicht an dem Quorum nach § 19 Absatz 5 gescheitert ist. In diesem Falle wird die Wahl durch eine Stichwahl entschieden. Die Stichwahl findet zwischen den beiden

Bewerbern, welche die im Verhältnis meisten Stimmen erhalten haben und nicht im ersten Wahlgang an dem Quorum nach § 19 gescheitert sind. Die Stichwahl wird nach dem Einzelwahlverfahren nach § 6 durchgeführt.

Begründung der Antragsteller:

Die ursprüngliche Regelung ist ohne ergänzende Ausführungs-Vorschriften in der Praxis nicht umsetzbar.

Folgender Fall zum Beispiel würde die Versammlung vor ein schwerlich lösbares Problem stellen:

Ein seit 9 Jahren dem Bundestag zugehöriges Mitglied A kandidiert für die Landesliste Platz 3. Mit ihm zusammen kandidieren noch 4 andere Mitglieder (B, C, D). In der durchgeführten Einzelwahl fallen auf das Mitglied A 55 % Zustimmung.

B erhält 20 %, C 15 % und D 10 % der Stimmen.

Nach der Regelung des § 19 Absatz 5 ist A an dem Quorum 60 % gescheitert.

Da (logischerweise) kein anderer Kandidat die Anforderung einer 50%-igen Zustimmung erfüllt, muss eine Stichwahl entscheiden. Eine Stichwahl zwischen den beiden nächstbesten Kandidaten wäre jedoch sehr undemokratisch, da ja (bei der durchgeführten Einzelwahl) alle diejenigen, die für A gestimmt haben, nunmehr von der Entscheidung, wer die nächstplatzierten sind, keine Mitbestimmungsrechte hätten.

Es wäre ja möglich, dass mit deren Stimmen Kandidat D auf Platz 2 oder 3 gerückt wäre.

Die einfachste Lösung dieser Konstellation ist die Durchführung eines dem Gruppenwahlverfahren angelehnten Wahlverfahrens. Wenn ein „Langzeit-Parlamentarier“ für ein öffentliches Wahlamt kandidiert, wird eine „Gruppenwahl“ durchgeführt, bei der praktisch ein Favorit und ein zweiter Favorit für dieses Wahlamt ermittelt werden. Kann der „Langzeit-Parlamentarier“ das erhöhte Quorum (hier: 60 %) nicht erreichen, so geht das Wahlamt an den zweitbesten Favoriten.

Sollte dieses zweitplatzierte Mitglied nicht mit einfacher Mehrheit gewählt sein, erfolgt eine Stichwahl zwischen ihm und dem Mitglied mit den drittmeisten Stimmen.